

Laibacher Zeitung.

Nr. 52.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Rüstellung ins Haus halbj. 50c. Mit der Post ganzl. fl. 16, halbj. fl. 7.50.

Dienstag, 3. März

Inscription gebührt bis 10 Zeilen: 1 mal 60 kr., zw. 100, zw. 150, sonst pr. Zeile im. str., zw. str., zw. 10 kr. u. f. w. Inscriptionshemmel jedesmal 30 kr.

1868.

Amtlicher Theil.

Der Justizminister hat die beim Krakauer Landesgerichte erledigte Staatsanwaltsstelle dem Rzeszower Staatsanwalte Johann Kedzierski verliehen.

Der Justizminister hat den Borszower Bezirksrichter Gustav Schenk und den Samborer Staatsanwaltssubstituten Ferdinand Switalski zu Kreisgerichtsräthen in Sambor und den Przemysler Rathsscretär Dr. Wenzel Kratochwil zum Kreisgerichtsrathe in Przemysl ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 2. März.

Die preußischen Blätter bemühen sich nachzuweisen, daß die Ernennung des preußischen Generalleutnants v. Beyer zum badischen Kriegsminister durchaus nichts überraschendes habe. Es ist bekannt — sagt die „Nord. Allg. Ztg.“ in einem längeren officiösen Artikel, daß die Organisation der badischen Armee nach dem preußischen System in Angriff genommen ist. Daraus folgt von selbst, daß zur Durchführung dieser Aufgabe und zur Leitung der dazu nothwendigen Einrichtungen ein großherzoglich badischer Officier, wie sehr er auch in allen anderen militärischen Eigenschaften dem General v. Beyer ebenbürtig ist, nicht dieselbe Erfahrung wie dieser besitzen kann, welcher wohl 12 Jahre im preußischen Kriegsministerium eine hohe Stellung bekleidete und in dieser Beweise seiner außerordentlichen Fähigung für die militärische Verwaltung gegeben hat. Diejenigen, welche diese Wahl bemängeln, geben damit ihre Abneigung gegen jede Kräftigung und Befestigung der deutschen Wehrkraft zu erkennen. Ihnen wäre es am angenehmsten, an der Spitze des badischen Kriegsministeriums eine weniger befähigte Persönlichkeit oder doch einen den deutschen Interessen und der einheitlichen Organisation des deutschen Kriegswesens möglichst abgeneigten Mann zu erblicken. Deutschland kann sich Glück wünschen, daß weder Se. f. Hoheit der Großherzog, noch seine Regierung die Absicht fundgegeben haben, die Regierung des Landes nach den Wünschen dieser politischen Richtung zu führen.

Der sogenannten hannover'schen Legion widmet das „Journal de Débats“ einen längeren Artikel. Man habe dem Gegenstand und auch den Vorgängen bei der Feier der silbernen Hochzeit des Königs eine viel zu große Bedeutung beigelegt. Was namentlich Österreich anbelange, so gebe sein Rothbuch den unwiderleglichsten Beweis, daß ihm nichts ferner, als ein Gedanke an Friedensstörung. Österreich wolle vielmehr mit der ihm innenwohnenden unverwüstlichen Lebenskraft sich sammeln und reorganisieren. Hierzu bedürfe es des Friedens, dessen Erhaltung es sicherlich nicht leichtfertig gefährden werde: „Frankreich und England — fährt das Blatt fort — eben so wenig. . . . Selbst, wenn die Königin Victoria gleichzeitig auch über Hannover geherrscht hätte, würde England sicherlich keinen Krieg geführt haben, um eine Union aufrecht zu erhalten, die ihm eben so sehr widerstrebt, als hinderlich war, und es stets in die continentalen Angelegenheiten zu verwickeln drohte, von denen es sich, so weit es angeht, losmachen will. Was Frankreich betrifft, so sehen wir gar nicht ein, welch besonderes Interesse es hier zu verfechten hätte. . . . Wenn es sich noch darum handelte, ein Königreich Westphalen oder neue französische Departements, wie unter dem ersten Kaiserreich, zu schaffen, so könnte man ein solches Interesse noch begreifen. Allein da hiervon keine Rede ist, so sehen wir gar nicht, warum wir auch nur einen Fuß für einen englischen Prinzen rühren sollen, der vielleicht der reichste Fürst von Europa ist und ganz ruhig seinen Sitz im Hause der Lords wieder einnehmen kann.“

Der neue englische Premier Disraeli hat allen Grund, mit der Aufnahme zufrieden zu sein, die seine Ernennung bei den Blättern aller Farben findet. Daß die conservativen Journale „Herald“, „Standart“ und „Globe“ seine Ernennung als das glücklichste Ereignis feiern, das ihrer Partei und dem Lande nach dem nothgedrungenen Rücktritte Lord Derby's hätte beschert werden können, versteht sich von selbst. Aber auch die gesamte Oppositionspresse findet es gerecht, billig und correct, daß der Mann, dem allein die conservative Partei ihre jetzige Stellung verdanke, die Führung der Geschäfte nominell sowohl wie factisch übernehme. Die

Tories rühmen sich auf der einen Seite, einen Führer anzuerkennen, der lediglich durch sein Talent sich zur höchsten Staatswürde emporgeschwungen habe, und die Liberalen ihrerseits gönnen es jenen von Herzen, daß sie sich, trotz ihrer alten Stammbäume und stolzen Adelstraditionen, einem Manne unterordnen müssen, der wenig mit ihnen gemein hat und sich mit Stolz zur plebejischen Literatenzunft bekennt.

Das Kriegsbudget der englischen Regierung im Jahre 1868/9 soll übrigens für Europa ein gutes Vorbild abgeben. Es wird im Marineetat eine bedeutende Reduction eintreten, obwohl die Panzersflotte vermehrt werden wird.

Die „Gazz. di Venezia“ bespricht in einem längeren Artikel die panslavistischen Bestrebungen im Zusammenhang mit der orientalischen Frage. Darauf hindeutend, daß Serbien vielfach als slavisches Piemont hingestellt und von ihm gesagt werde, es sei zum Aggregationszentrum eines großen slavischen Zukunftreiches auseinander, warnt sie die Serben vor der weiteren Verfolgung derartiger utopistischer Ideen, die leicht einen riesigen für die wahren Interessen der Civilisation höchst verderblichen Kampf hervorbeschwören könnten.

6. Sitzung der Delegation des Reichsrathes

am 28. Februar.

(Schluß)

Delegirter Skene (gegen) entwickelt zunächst die Bedeutung und die Wichtigkeit einer größeren stehenden Armee für Österreich im Hinblick auf die äußere Lage, und betont sodann die Nothwendigkeit der Armee-Einheit.

„Ich freue mich — sagt er — ansprechen zu dürfen, daß die Armee sich ihrer großen Aufgabe bewußt ist, und ich für meine Person siehe gar nicht an zu sagen, daß ich den abschneidenden Worten eines tapferen Generals gegen diese zerstörenden Bestrebungen durchaus meine Anerkennung zolle; ich bin der Ansicht, daß ein ehrlicher österreichischer Soldat gar nicht anders denken kann, und wie der Mann denkt, so soll er auch sprechen.“

Er stimmt mit dem Vorredner darin überein, daß das Budget sehr mangelhaft und eigentlich nie in Wahrheit zur Ausführung gekommen sei. Man dränge die Regierung zu einem ähnlichen Vorgehen, wenn man gegenwärtig einen so bedeutenden Abstrich, wie er beantragt sei, annehmen wolle, während es doch offen vorliege, daß diese Ersparnis mit Rücksicht auf die nachgewiesene Erhöhung der Marktpreise u. s. w. nicht durchführbar sei. Man müsse nur das richtig gestellte Erfordernis votiren und keine Bisse annehmen, welche man im voraus als unrichtig anerkennen müßt.

Nachdem nun zwei Monate des Verwaltungsjahrs bereits vergangen seien, sei es nicht möglich, abzusehen, wie der Kriegsminister in den restirenden zehn Monaten noch den vom Ausschusse verlangten Abstrich von 3,200,000 Gulden durchzuführen soll.

Abstriche im Armeestandte muß Redner für ganz unstatthaft erachten und sogar die bereits in Aussicht genommenen lebhaft bedauern. Namentlich unzulässig erscheint ihm eine durchgreifende Reduction des Standes der Cavalerie.

Auch die beabsichtigte Aufhebung der Musikbanden bei den Jägern und der Cavalerie bedauert Redner, die hiedurch herbeigeführte Ersparnis beträgt höchstens 50,000 fl., dabei entbehre man auf der anderen Seite eines höchst nothwendigen Anregungsmittels für den Soldaten. Er selbst habe es erlebt, wie sich der Soldat an der Musik freut.

Skene stellt den Antrag: „Die Hauptsumme des Erfordernisses von 79,490,000 fl. auf 84,190,000 fl. zu erhöhen.“

Der Antrag ist nicht hinreichend unterstützt. Für denselben erheben sich der Antragsteller, Fürst Colloredo und Graf Mensdorff.

Delegirter Dr. Rechbauer (gegen) ist der entschiedenen Überzeugung, daß bedeutende Ersparnisse möglich sind, und daß man mit der Summe von 63 Millionen den Aufwand für die Landarmee bestreiten kann. Redner weist zum Nachweise dieser Behauptungen auf die zahlreichen Ersparnisse hin, die ermöglicht werden können.

Er stellt den Antrag: „Die hohe Delegation wolle beschließen: Es sei für das Erfordernis der Landarmee als Ordinarium für das Jahr 1868 ein Staatszuschuß von 36 Millionen zu bewilligen.“

(Der Antrag wird unterstützt.)

Delegirter Dr. Groß (Wels) (gegen) unterstützt den Antrag Rechbauer und spricht seine Ansicht dahin aus, daß, wenn man wolle, man auch mit diesem geringen Betrage das Auslangen finde können. Man dürfe nur so viel bewilligen, als das Volk aufbringen kann.

Nach einer Bekämpfung der vom Delegirten Skene ausgesprochenen Ansichten erklärt Redner mit den Bemerkungen der Delegirten Rechbauer und Dr. Figuly einverstanden zu sein, und weist schließlich darauf hin, daß die gegenwärtige Art der Kriegsführung die noch von keinem Redner angedeutete Auflösung der schweren Cavalerie ermöglichen könne. Deren Dienst bestehে vorzüglich darin, um zu recognosciren oder um den Feind zu verfolgen, wenn er einmal geschlagen wird. (Heiterkeit.) Keinesfalls hat sie mehr den Werth, den sie früher hatte, und ist deren Auflösung ohne Gefährdung der Schlagfertigkeit der Armee ganz leicht möglich.

Delegirter Schindler rechtfertigt das Verhalten jener Mitglieder der Versammlung, welche entgegen den gestellten auf eine Herabminderung des Kriegsbudgets gerichteten Anträgen beim Ausschusstrag verharren.

Die Schwere unseres Botums fiel in die mit 1 bezeichnete Resolution, wo wir es für eine unabwendbare Nothwendigkeit erkannten, daß eine den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende Reorganisation der Armee und der Verwaltung vor Vorlage des nächsten Budgets in unsere Hände gelegt werde. Dr. Rechbauer meint zwar, eine solche Hoffnung genüge nicht, da man uns lange genug mit Hoffnungen gespeist. Ich glaube aber, daß wir jetzt denn doch mit anderen Blicken in die Zukunft sehen können, als dies bisher der Fall war. Die Männer von heute haben uns noch nicht enttäuscht, sie sind das erste parlamentarische Ministerium in Österreich, und deshalb kann ich die Besorgnisse des Dr. Rechbauer nicht teilen.

Freilich hat man mir und meinen Freunden im Ausschusse gesagt: „Du, der Du immer in der Opposition warst — wie kommt es, daß Du die Front jetzt veränderst?“ — Meine Herren! In der Politik habe ich die Überzeugung, daß man nur ein festes Ziel anstreben muß, und wenn man den Punkt erreicht hat, soll man den Boden pflügen und bebauen; dasjenige aber immer zu bekämpfen, was man als preiswürdig längst erkannt, würde schließlich dahin führen, daß man endlich gezwungen wäre, gegen sich selbst Opposition zu machen. Dies war die Ursache, warum ich diesmal für die en bloc Annahme stimmte und mit dieser Resolution einen Wechsel auf die Zukunft ziehen wollte. Nichts ist leichter, als daß in einem Staate, wo die Intelligenz so lange in der Opposition zu kämpfen gezwungen war, später das conservative Element, das für die nun feststehende Grundlage des Staates eintritt, schief beurtheilt wird.

Delegirter Frh. v. Pratobevera rechtfertigt das Verhalten jener Mitglieder der Versammlung, die dem Ausschusstrag bestimmen, und beruft sich auf die Autorität Giskra's.

Delegirter Dr. v. Figuly erklärt, daß er seinen Antrag nicht mehr einbringen werde, sondern sich der Ansicht des Dr. Rechbauer in dieser Beziehung anschließe. Ich gehöre nicht zu denjenigen, bemerkt Redner weiter, die Opposition quälen müssen machen.

Delegirter v. der Straß beauftragt Schluß der Debatte und der Sitzung.

Reichskriegsminister Frh. v. Kuhn: Was die Vorwürfe anbelangt, welche die Armeeadministration getroffen haben, so will ich mich darüber nicht auslassen; es gehört dies der Vergangenheit an.

Was aber jene Angriffe anbelangt, die mich treffen, weil die beanspruchten Reductionen unter mir ins Leben getreten sind, nämlich die Reductionen der Cavalerie, der Artillerie, die Auflösung der Musikbanden, die Ersparnisse bei den Genietruppen und Pionieren, so will ich mich darüber in einigen Worten erklären.

Diese Frage wurde einer Generalcommission, in welcher die ausgezeichneten Cavaleriegenerale der Armee sitzen, vorgelegt.

Nicht einseitig oder von mir allein wurde dieser Beschluß, sondern erst nach reiflicher Erwägung von Seiten sämtlicher Generale und namentlich der Generale der Cavalerie gefaßt.

Als ich das Kriegsministerium übernahm, hatte ich die Aufgabe, zu sparen, denn es mußten 3½ Millionen eingebracht werden. Es mußten daher in jeder Beziehung nicht bloss in der Administration, sondern, wo es überhaupt möglich war, Ersparnisse gemacht werden.

Es trat nun die Frage an uns heran, wo? — Im Stande der Truppen? Bei der Infanterie, bei den Jägern erklärte man es für absolut unmöglich. Eine Reduzierung der Infanterie und Jäger würde die Präsenzzeit, die sich ohnehin kaum auf 1½ Jahre beläuft, so weit herabsetzen, daß wir keine ordentlich exercierten Truppen, sondern reine Milizen hätten. Ich widersegte mich daher der Herabsetzung der Compagnie unter den Stand von 70 Mann, jedoch erklärten die Generale insgesamt, daß Reduzierungen bei der Cavalerie möglich wären.

Das, was die Regierung jetzt angeordnet hat und was von Sr. Majestät sanctionirt worden ist, die Reduzierung der Cavalerie von 120 auf 98 Pferde per Schwadron, ist also das Resultat der reiflichen Erwägung sämtlicher Generale, welche von Sr. Majestät in die Commission berufen worden waren. Die Commission hat erklärt, daß diese Reduction nicht blos Ersparungen, sondern im Falle eines Krieges auch eine bedeutende Erhöhung der Cavalerie ermöglicht. Wir sind vor einigen Jahren auf den Stand von 29.000 Mann Cavalerie heruntergegangen; jeder Kriegskundige hat eingesehen, daß diese Reduction zu groß war. Bei uns war dadurch das Verhältniß der Cavalerie zur Infanterie auf 1 zu 17 gestellt; in allen übrigen Armeen besteht das Verhältniß von 1 zu 6, höchstens von 1 zu 9, und auch die gewieitesten Taktiker haben diesen Coefficienten angenommen, nur wir sind zu dem Verhältnisse 1 zu 17 geschritten. Durch die gegenwärtige Organisation der Cavalerie wird dieselbe im Falle eines Krieges auf den Stand von 37.000 Mann gebracht, wir sind daher im Stande, den Ausfall vollkommen zu decken.

Was der verehrte Herr Del. Skene bemerkte, daß dann die Cavalerie nicht im Stande wäre, das zu leisten, was sie gegenwärtig leistet, so muß ich das durchaus in Abrede stellen. Die Commission, von welcher ich gesprochen habe, hat nachgewiesen und erklärt, daß man im Stande ist, in 8 Wochen die Remonten derart zu drossiren, daß man nach 7 bis 8 Wochen mit der Esadron den Regimentern, die bei der activen Armee stehen, nachfolgen kann.

Nachdem nun ein Krieg doch nicht plötzlich ausbricht, nicht zugleich declarirt und begonnen wird — wir haben im Jahre 1866 den Beweis hierzu, indem am 1. April die Armee auf den Kriegsfuß gesetzt wurde und erst im Juni ihre Operationen begonnen hat — so ist man immer noch im Stande, diejenigen Schwadronen, welche dann, wenn die Armee auf den Kriegsfuß gesetzt wird, aufgestellt werden, zur rechten Zeit den Regimentern nachfolgen zu lassen. In sieben bis acht Wochen werden auch diese Schwadronen complet bei ihren Regimentern stehen.

Was die Auflösung der Musikbanden anbelangt, so war ja dies ein allgemein verbreiteter Wunsch. Ich habe keine Zeitung gelesen, in der nicht von der Auflösung derselben die Rede gewesen wäre. Ich habe mich dagegen ausgesprochen, daß die Musikbanden bei der Infanterie aufzulösen seien, weil die Banden überhaupt ein Culturmittel sind.

Dieses erwägnd, habe ich darauf gedrungen, daß sie bei der Infanterie und insbesondere auch bei den Grenzern bleiben, namentlich bei den Letzteren erschien mir die Beibehaltung dieses Culturmittels höchst wünschenswerth.

Was die Musikbanden bei den Jägern anbelangt, so wird Jeder, der die Verhältnisse kennt, zugeben, daß sie den Herren Offizieren viel zu viel Geld kosten, denn es sind bei den Jägerbataillonen der Offiziere zu wenig, um eine gut geübte Musik erhalten zu können. Also schon aus Ersparungsrücksichten für die Herren Offiziere, und weil die Banden das nicht leisten können, was man von ihnen fordern soll, wurden sie aufgelöst.

Was die Reduzierung der Genietruppen anbelangt, so ging man hiebei davon aus, daß ein Mann 3—4 Jahre Präsenzzeit braucht, um in den technischen Waffen geübt zu werden. Mit der Reduction von 10 Mann ist dies vollkommen bewahrt. Durch diese Reduzierung ist also die Armee nach meiner Ansicht nicht im Mindesten angegriffen worden; das aber hat man durch dieselben erreicht, daß man Ersparungen erzielte, die gemacht werden mußten, um diese 3½ Millionen hereinzubringen.

Was die übrigen Vorwürfe anbelangt, daß die Armee bis jetzt schon Milliarden gekostet hat, so will ich nur Folgendes anführen.

Was ist die Armee? Die Armee ist ein Werkzeug in den Händen der Diplomaten, sie ist das Schwert, das Messer, mit welchem operirt wird.

Dass die Armee aufgestellt wird, dafür kann sie nichts, sie folgt, weil ihr befohlen wird. Ihr allein diese Milliarden zur Last zu legen, dagegen muß ich mich daher in der That feierlich erklären.

Was die Vergleichung der Budgets, nämlich jenes vom Jahre 1847 mit dem gegenwärtigen anbelangt, so bitte ich nur eines zu berücksichtigen. Das Budget vom Jahre 1847 betrug 45 Millionen; ich bitte nun den Algozuschlag hinzuzunehmen, so macht dies 65 Mill.; wird diese Summe aus der Conventionsmünze in die neue Währung convertirt, so macht dies 68 Millionen; ich bitte ferner den gegenwärtigen Stand der Preise zu berücksichtigen, der nahezu um das Dreifache gestiegen ist, und Sie werden nicht auf 65, sondern auf 75 Mill.

kommen. Ferner muß berücksichtigt werden, daß die Armee in Ungarn nichts gekostet hat; die Verpflegung, die Bequartierung hat das Areal nichts gekostet, sondern sie wurde vom Lande selbst geleistet.

Es ist ferner zu berücksichtigen, daß alle übrigen Prästationen, die Durchzugs- und Vorspannsgebühren sich erhöht haben, und daß die Infanterie-Regimenter von 62 auf 80 und die Cavalerie gleichfalls vermehrt wurden. Es ist also klar, daß man auf diese Weise nicht auf 65 oder 75 Millionen kommen würde, also auf ein Budget, gegenüber dem das gegenwärtige doch noch geringer ist. Dann bitte ich die Herren, die Zahl der Pensionirten zu berücksichtigen; wir haben 11 Millionen für Pensionirte, für Witwen, Waisen und Patental-Invaliden zu zahlen, das ist mehr als 1/10 des ganzen Budgets. Wenn man diese Summe im Abstrich nimmt — wie es in den übrigen Staaten auch geschieht — so wird man sehen, daß das österreichische Budget das geringste der Budgets aller Staaten Europa's ist, mit welchem man trotzdem im Stande ist, eine respectable Armee zu erhalten, welche gut geführt, so unter Führung Sr. kais. Hoheit des Erzherzogs Albrecht, gewiß im Stande sein wird, den etwaigen Eventualitäten mit der Aussicht auf Erfolg entgegenzusehen. (Bravo, Bravo.)

Wenn es die Herren nicht ermüden würde, so würde der Herr Generalkriegscommisär Punkt für Punkt dasjenige durchgehen, was der Herr Delegirte Dr. v. Figuly vorgebracht hat, um zu beweisen, daß diese Daten wohl in einer Beziehung richtig sein mögen, daß sie aber doch vielleicht nicht auf ganz richtigen Basen beruhen. Ich glaube jedoch, daß dies für heute zu weit führen würde, da die Zeit vorgerückt ist. (Rufe: Schluss der Sitzung.)

Der Antrag des Delegirten Dr. van der Straß auf Schluss der Sitzung wird angenommen; Die nächste Sitzung ist morgen (Samstag) 11 Uhr.

7. Sitzung der Delegation des Reichsrathes

am 29. Februar.

Auf der Ministerbank: Ihre Exellenzen die Herren Reichsfinanzminister Freiherr v. Becke, Reichskriegsminister Freiherr v. Kuhn, Viceadmiral Fauz, Marinengeneralintendant v. Eitelberger, Generalkriegscommisär v. Früh, Oberst Baron Türkheim.

Vizepräsident v. Kaisersfeld eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 40 Min.

Das Haus geht sofort nach Verlesung des Protokolls zur Tagesordnung, der Berathung des Kriegsbudgets, über.

Im Beginn der Sitzung ergriff zunächst der General-Kriegscommisär Früh das Wort, um die Ansicht Dr. Figuly's zu entkräften, welcher das Budget pro 1868 zu hoch beziffert findet; die Regierung anerkennt die Richtigkeit der von Dr. Figuly herangezogenen Biftern, allein gegen die daraus gefolgerten Calculs müsse sie sich verwahren. Uebrigens sieht sich der Redner genötigt, zuzugeben, daß das bestehende System der Administration und der Rechnungslegung die Kosspieligkeit verschulde; andererseits meint er bezüglich Preußens, dessen Armeeverwaltung allerdings von merkwürdiger Einfachheit ist, daß eine detaillierte Rechnungslegung, wie sie von den österreichischen Vertretungskörpern verlangt werde, dort nicht möglich wäre. Die 600.000 Thaler Kriegsentschädigung, welche von Sachsen beansprucht werden, betreffend, macht der Redner darauf aufmerksam, daß diese Gelder nicht in die Kriegscasse, sondern in die Finanzcasse abgeführt werden. Dann beruft sich der General-Kriegscommisär auf die Ausführungen des Abg. Skene, um die Unmöglichkeit weiterer Abzüge zu beweisen. Das Object, wo überhaupt erwartet werden könne, sei ein viel zu kleines, da der größte Theil der Auslagen aus fixirten Beträgen (Gagen u. s. w.) bestehet.

Der Berichterstatter Dr. Demel, dessen Aussführungen die Berechnungen zu Grunde liegen, welche der ehemalige Berichterstatter über das Kriegsbudget, nunmehrige Minister des Innern Dr. Gisela, seinerzeit mit vielem gründlichen Fleize angestellt, hat sich, man erkennt dies auf den ersten Blick, die Resultate der Gisela'schen Forschungen zu eigen gemacht und er hat sie, wie man sagt, im kleinen Finger; aber er vermag sie nicht so zu verwerthen wie Dr. Gisela. Sein etwas trockener Vortrag ist mit Biftern mehr als zuträglich überladen. Der Gedankengang seiner Rede war folgender: Es waren allerdings Ersparungen im Ganzen von etwa 13 Millionen möglich, jedoch nur unter der Voraussetzung eingehender Reformen. Demnach hätten diese Ersparungen für das heurige Budget nur erst angebahnt werden können und die effective Ersparnis für das Budget 1868 wäre eine kaum nennenswerthe gewesen.

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten. Für den Antrag Rechbauer stimmen nur 7 Mitglieder. Die (bereits bekannten) Ausschusshandlungen wurden sammt und sonders mit großer Majorität angenommen.

Zu dem Antrage des Ausschusses, die Delegation wolle das Virement zwischen sämtlichen Posten des Voranschlages gestatten mit der einzigen Ausnahme, daß etwaige Ersparnisse bei der Naturalverpflegung für andere Titel nicht verändert werden dürfen — ergreift der Reichskriegsminister das Wort. Er spricht sich gegen die Virements bezüglich der Naturalverpflegung

aus, weil er der Überzeugung ist, daß in dieser Beziehung ein Nachtragscredit unumgänglich notwendig sein werde, der ihm nach geschehener Rechnungslegung gewiß bewilligt werden würde. — Auch dieser Ausschusshandlung wird angenommen.

Der Gepflogenheit bei früheren Budgetberathungen folgend, sind in dem Berichte auch einige Resolutionen beantragt, über welche Fürst Collredo die Generaldebatte eröffnet wissen will. Auch meint er, bei dem Umstände, als es sich da um militärische Fachangelegenheiten handle, dürfe man nicht zu sehr specialisiren.

Schindler wendet dagegen ein, die Erfahrung zeige, daß es Armeen gebe, in denen man am Kommissbrot sarge, um an den Epauletten zuzufügen; seiner Ansicht nach wäre noch zu wenig in's Einzelne eingegangen worden. — Die erste Hauptresolution, welche „eine den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende Reorganisation des Landheeres und seiner Verwaltung noch vor Einführung des nächsten Budgets als unabsehbare Notwendigkeit erklärt“, wird einstimmig angenommen; ebenso die Unter-Resolution, welche einen Minimalstatus für Generale und Stabsoffiziere verlangt.

Die zweite Resolution lautet: Die ökonomische Verwaltung der Armee sei in die Hände von Nichtmilitärs zu legen.

Hiezu bemerkt Fürst Collredo, daß er diesen Antrag in seiner Fassung nicht verstehe und über denselben sich der Abstimmung enthalten müsse. Nach einer kleinen Pause erhebt sich der Reichskriegsminister, um diese Resolution zu bekämpfen. Dieser Resolution wohne der Wunsch inne, die Militärverwaltung wieder zu burokratisiren, wie zur Zeit des seligen Hofkriegsrathes, mit dem man doch in den Napoleonischen Kriegen genug traurige Erfahrungen gemacht habe. Aber es zeigt sich eine derartige Neigung, von einem Extreme aufs andere zu kommen, auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit. In der Philosophie zwischen dem Idealismus und dem krassem Materialismus, in der Politik zwischen Gesellschafts- und der egoistischen sogenannten Interessenpolitik. Seit der korsische Völkereid niedergeworfen war, gefiel man sich überall in der Unbeweglichkeit. Die „Leute vom Jahre 1848“ verfielen in das Gegenteil, in ein gewisses „Herumwogen.“ Das Beste wollten alle. Nun will man wieder gar zum sehr kostspieligen (der Minister führt Biftern an) Hofkriegsrath zurückgreifen, wobei man gewiß vom Regen in die Traufe geriethe.

Drei Redner, Skene, Schindler und Rechbauer, weisen die Zunuthung mit dem Hofkriegsrath zu sympathisiren, von sich. Rechbauer führt übrigens ziemlich aus, daß selbst der Hofkriegsrath billiger war, als jetzt das Kriegsministerium. (Die Resolution wird angenommen.)

Sehr animirt gestaltete sich die Debatte über die Resolution, betreffend die Übergabe der Gesütsverwaltung an die Landes-Ressortministerien. Der Centralist Skene wollte diese Maßregel schon 1869 durchgeführt wissen, während sich Graf Mensdorff gegen die Resolution überhaupt aussprach, weil „unsere volkswirtschaftlichen Zustände noch nicht auf der Höhe sind, daß wir hinreichend Hengste erzeugen.“ Baron Höck und Fürst Schwarzenberg sprechen im Interesse des kleinen Grundbesitzes für Beibehaltung der Beschäfti-institute, deren Kospieligkeit Rechbauer ziemlich nachweist. Troy dieser Befürwortungen und den Versicherungen des Kriegsministers, daß die österr. Pferdezucht dem Beschäftiystem viel verdanke, erlangt auch diese Resolution die Majorität.

Resolution 4, 5, 6 und 7 (Reform der Kriegscommissariate, Abahnung der Abschaffung der Monturcommissionen, Auflassung der unteren Militär-Bildungsanstalten und Umgestaltung des Institutes der Privatdienner), wurde ohne wesentliche Debatten angenommen.

Hierauf begründet Dr. Rechbauer drei Resolutionen, deren erste die Unterstellung des Militärs unter die Civilgerichte, soweit es bürgerliche Rechtsangelegenheiten und nicht rein militärische Strafsachen betrifft (eventuell blos für bürgerliche Rechtsangelegenheiten) verlangt; die zweite bezweckt die Garnisonirung der Truppen in ihren Werbebezirken und die dritte die Aufhebung der Josephs-Akademie.

Nach längeren Reden und Gegenreden wird die erste Rechbauer'sche Resolution verworfen, jedoch der eventuelle Antrag angenommen.

Die zweite Resolution findet trotz der warmen Fürsprache des Delegirten Dr. Biemalowski nicht die Majorität. Der Kriegsminister versicherte, daß ohnehin schon alles geschehen, was möglich ist. Die Truppen würden, so weit thunlich, in ihren Werbebezirken befallen. Doch gehe es nicht überall. Und was das Verwildern anbelange, so müsse er sagen, daß die österreichische Armee vielmehr eine Bildungsschule, namentlich für Jene, deren „Verwildern“ man behauptete, sei und als solche auch allgemein anerkannt werde. — Dr. Biemalowski erklärte, mißverstanden worden zu sein. Auch die gegen das Josephinum gerichtete Resolution wurde abgelehnt, dagegen der Ausschusshandlung (Anlegung eines Material-Inventars und eines Inventars über die Militärgebäude) angenommen. — Die nächste Sitzung Dienstag.

Österreich.

Wien, 29. Februar. (Dementi.) Ein Wiener Journal theilte leythin mit, daß vor kurzem an der Grenze bei Salzburg eine Anzahl Geschütze waren, welche von Preußen nach Belgrad auf dem Wege waren, von der österreichischen Regierung mit Beschlag belegt worden seien. Wie der „Debatte“ mitgetheilt wird, ist diese Nachricht nur zum Theile richtig, insofern nämlich allerdings eine Geschützsendung aus Preußen via Salzburg nach Bukarest dirigirt wurde, dahin aber auch unbeanstandet durch österreichisches Gebiet weiter befördert wurde und in diesem Augenblick vermutlich auch schon an Ort und Stelle angelangt sein dürfte. Von Seiten der rumänischen Regierung wurde von dem Anlangen dieser Geschütze rechtzeitig hierher Anzeige gemacht und das Ansuchen um die Erlaubnis zur Durchfuhr gestellt. Es stand dem Ansuchen keinerlei gesetzliche Bestimmung im Wege, auf welche gestützt die Durchfuhr verweigert oder gar die Sendung an der Grenze hätte gesämt werden können. Wie die „Debatte“ weiter verneint, hat die österreichische Regierung die eben auf ihr richtiges Maß zurückgeführte Thatsache auch seinerzeit den europäischen Cabinetten notificirt, um jeder möglichen Missdeutung von vorneherein vorzubeugen.

Ausland.

Berlin, 29. Februar. (In der Thronrede anlässlich des Landtagsschlusses) sprach der König die Genugthuung über die Lösung der zahlreichen wichtigen Aufgaben aus, welche dem Landtage vorgelegen waren, und dankte sodann für die Bereitwilligkeit, mit welcher die erhöhte Krondotation bewilligt wurde. Durch den Staatshaushalt und die anderen Finanzgesetze sind die Mittel gewährt, um die Verwaltung entsprechlich fortzuführen und die außerordentlichen Bedürfnisse, sowie die berechtigten Wünsche der neuen Landestheile zu befriedigen. Die Regierung wird diese Mittel mit Umsicht und Sparsamkeit verwenden. Die zur Förderung des Notstandes in Ostpreußen getroffenen Anordnungen werden gemeinsam mit den Ergebnissen der öffentlichen Wohlthätigkeit und unter der Fürsorge der Behörden genügen, um die nächsten Gefahren abzuwenden. Die weiteren Maßregeln werden beitragen, jene Landestheile mit dem Gesamtverkehr zu verbinden und dadurch einer hoffnungsvollen Entwicklung entgegen zu führen. Betreffs der erstreuten Fortbildung der Verwaltungseinrichtungen könnten in dieser Sitzungsperiode nur vorläufige Erörterungen innerhalb des Landtages stattfinden; die hiebei geäußerten Rücksichten und Wünsche werden bei den schwebenden legislatorischen Vorarbeiten eine eingehende Beachtung finden. Durch Bewilligung des hannoverschen Provinzialfondes werden nicht blos Billigkeit und Wohlwollen gegen die neuen Provinzen bestätigt, sondern zugleich thatssächlich der Boden betreten, auf welchem nach der Absicht der Regierung auch für alle anderen Provinzen eine erfolg-

reiche Selbstverwaltung erwachsen soll. Der König sprach seine Befriedigung aus, daß die Landesvertretung den Ausgleichsverträgen mit den früheren Landesherren von Nassau und Hannover beigetreten; den neuen Verhältnissen werde hiervon eine feste Grundlage gegeben und ihre friedliche ruhige Entwicklung gesichert. Die Thronrede schließt: Die Regierung war in den auswärtigen Beziehungen unausgesetzt bestrebt, ihren Einfluß für die Erhaltung und Befestigung des Friedens zu verwerthen. Ich kann mit Genugthuung bekunden, daß diese Bestrebungen, welche von den auswärtigen Regierungen in freundschaftlicher und wohlwollender Gesinnung getheilt werden, die Bürgschaft des Erfolges in sich tragen: Ich darf daher mit Zuversicht aussprechen, daß das fester begründete allgemeine Vertrauen für die Entwicklung der geistigen und materiellen Güter und des nationalen Wohlstandes die erwünschten Früchte tragen werde.

Florenz, 29. Februar. (Briefe aus Rom) melden, daß die italienischen Generale, welche die an der päpstlichen Grenze gelegenen Militärgrenzdistrikte commandiren, die Wiederherstellung der 1867 zwischen den italienischen und päpstlichen Militärbehörden abgeschlossenen officiösen Convention wegen rascherer Unterdrückung des Brigantenthums verlangen. Diese Convention gestattete den Detachements das gegenseitige Gebiet bis zu einer bestimmten Grenze und unter gewissen Reserven zu berühren, um die Briganten zu erwarten. Die päpstlichen Behörden scheinen wenig geneigt zu sein, auf dieses Verlangen einzugehen. Die Legion von Antibes und das Jägerfremdenbataillon sollen jedes unverweilt in ein Regiment von zwei Bataillonen umgestaltet werden. Die Legion verliert ihren ursprünglichen Charakter, ein Behntel ihres dermaligen Effectivstandes ist nicht mehr französisch. Die von Ungarn angetragenen Freiwilligen werden nicht als nationales Corps angenommen, sondern in die Armee vertheilt.

— 29. Februar. (Der Bericht der Kammercommission über die Mahlsteuer) wurde veröffentlicht. Der Entwurf der Commission enthält 30 Artikel. Die Mahlsteuer besteht in 2 Frs. pr. Centner von den Mahlzeugnissen aus Weizen oder Reis und 1 Franc per Centner von jenen aller andern Getreidegattungen, von trockenen Gemüsen und Kastanien. Für dieselben Erzeugnisse, wenn sie aus dem Auslande eingeführt werden, sind die obgenannten Steuern nebst dem Einfuhrzoll zu entrichten. Beim Export derselben ins Ausland wird die Steuer mit einem Abzuge von 10 pCt. rückvergütet. Artikel 28 lautet: Das vorstehende Gesetz tritt mit 1. Jänner 1869 in Wirklichkeit. Mit demselben Tage finden die Bestimmungen des Artikels 5 des Decretes vom Juni 1866 auch ihre Anwendung auf die aus öffentlichen Schuldtiteln hervorgegangenen Renten; dagegen wird die Steuer auf bewegliches Vermögen mittels Abzuges bei der im In- und Auslande erfolgenden Auszahlung der Interessen herein-gebracht.

Paris, 29. Februar. (Beruhigendes.) Die „Patrie“ sagt entgegen dem in Berlin verbreiteten Gerücht: Wir glauben positiv zu wissen, daß Prinz Napoleon seinerlei Mission habe. Er wird mehrere Tage aus verwandtschaftlichen Rücksichten für die königliche Familie in Stuttgart zu bringen. — Die Einberufung der Urlauber bei der kaiserlichen Garde für den nächsten 31. März ist seineswegs das Ergebnis von Ausnahmeverhältnissen, sondern ein Reglement, dessen Ausführung jährlich stattfindet. — Die „Partie“ sagt aus Anlaß der Donausfürstenthümerangelegenheiten, daß die dortige Sachlage sich in einem beruhigenden Stadium befindet. Alles gestalte zu hoffen, daß die Regierungen, deren Haltung die Reclamationen der Mächte hervorgerufen hat, sich bemühen werden, die begangenen Fehler wieder gut zu machen.

Bukarest, 28. Februar. (Zustände der Justiz.) Seit ungefähr zwei Jahren haben drei Justizminister vergeblich dem Cassationshofe Vorstellungen gemacht betreffend den Missbrauch seiner Amtsgewalt und die Unregelmäßigkeit seines Rechtsverfahrens. Von einem Mitgliede der Deputirtenkammer in Bezug auf diesen Gerichtshof interpellirt, erklärte der Justizminister, daß er seit seinem Eintritte ins Ministerium selbst identische Vorstellungen mit jenen seiner Vorgänger machen mußte und daß der oberste Gerichtshof hierauf mit der Erklärung geantwortet hatte, daß er nur Gott und seinem Gewissen verantwortlich sei. Der Justizminister fügte hinzu, daß er der Kammer einen Gesetzentwurf vorlegen werde, welcher zwar nicht die Schmälerung der Institution, wohl aber eine Modification ihres Organismus zum Gegenstande haben werde. Diese Erklärung wurde von der Versammlung und den Galerien mit Beifall aufgenommen und die Dringlichkeit der Behandlung des gedachten Gesetzentwurfes wurde von zwei Dritteln der Deputirten votirt. Am Tage nach dieser Abstimmung wurde der Minister im Senate über diesen Gegenstand interpellirt. Am dritten Tage antwortete der Minister, daß er, nachdem er den bezüglichen Gesetzentwurf in der Kammer eingebracht habe, es nicht mehr für entsprechend halte, die Debatte für den Tag vorzubehalten, wo dieser Gesetzentwurf der Berathung des Senates unterbreitet würde, um jeden Conflict zu vermeiden, der zwischen den beiden gesetzgebenden Körpern entstehen könnte. Der Senat, dieser Erwagung keine Rechnung tragend, beharrte auf der unverweilten Interpellation. Nach einer dreitägigen Debatte machten die Mitglieder der Opposition die Handlungsweise des Ministeriums zum Gegenstande eines wahrhaften gerichtlichen Einschreitens, indem sie demselben die Auflösung der früheren Versammlung vorwarfen und dasselbe anklagten, das Land seinem Untergange zuzuführen. Hierauf ging man zur Abstimmung über einen Antrag beziehend, die in der Kammer vom Justizminister über den Gesetzentwurf und einige Mitglieder des Cassationshofes gegebenen Ausklärungen zu tadeln. Dieser Antrag wurde mit 35 gegen 22 Stimmen angenommen; zwei

Struisselot.

Struensee,

Tragödie in 5 Acten von H. Laube.

Wir besitzen heuer ein Schauspielersonale, welches uns bereits schöne Beweise seiner Fähigung geliefert hat. Wir dürfen nur an „Egmont“, „Hamlet“ oder den „Statthalter von Bengal“ erinnern, und so konnte man auch bei der Ankündigung obigen Stücks voraussehen, daß das Publicum eine vom Schauspielersonale sich gestellte so bedeutende Aufgabe seiner Aufmerksamkeit würdigen werde. Das Haus konnte aber gestern leicht ausgezählt werden. Verdient das Stück dieses Schicksal? Diese Frage wird mancher für überflüssig halten. Ist ja doch der Stoff des Drama's zu interessant, zu sehr mit allen Strebungen der Zeit verknüpft, als daß er nicht die Aufmerksamkeit jedes Gebildeten verdienen sollte. Werfen wir einen geschichtlichen Rückblick auf das Stück. Es ist hiebei nicht ohne Interesse, daß vor Laube schon (1828) ein früh verstorbener Dramendichter, Michael Beer, den Stoff zu einem Trauerspiel verarbeitete, das in diplomatischen Kreisen großen Anstoß erregte. Man drang in den König (Ludwig I., dessen Tod wir jüngst meldeten), das Stück nicht zuzulassen; aber der hochherzige Sinn des Monarchen siegte über die kleinlichen Bedenklöschen, und am 27. März 1828 ging das Stück auf dem Münchener Nationaltheater mit großem Beifall in Scene. Laube hatte also einen Vorgänger, der dichterischen Geist mit Bühnenroutine und Gedankenreichtum verband. Dass der Stoff zur wiederholten Behandlung reizt, ist auch natürlich. König Christian VII., ein Mann von ursprünglich edlen Anlagen, aber durch frühzeitige Ausschweifungen entnervt, zeigte bald nach seiner Thronbesteigung (1766) Spuren von Geistesverwirrung. Sein Leibarzt Struensee, den er von einer Reise nach Deutschland mitgebracht, gewann bald das Vertrauen des Königs, der ihn zum Grafen und Kabinettsminister erhob. Das 18. Jahrhundert war das des aufgeklärten Despotismus, und Struensee war das echte Kind seines Jahrhunderts. Er wollte der Reformator Dänemarks werden, in dessen Staate damals noch

immer manches faul war, wie zu Prinz Hamlets Zeiten. Und er konnte bald mit Hamlet sagen: „Die Zeit ist aus den Fugen, weh mir, daß ich geboren ward, sie einzurichten“. Das sturmische Vorgehen des neuen bürgerlichen Ministers verlebte die Aristokratie in ihren „Interessen“ seine Härte beleidigte das Militär, und das Volk war noch nicht reif für die großen Ideen Struensee's, es häßte die neuen Institutionen, um so mehr, als sie von einem Ausländer geboten wurden. Des Königs Stiefmutter, Juliane Marie von Braunschweig, und sein Stiefbruder Erbprinz Friedrich benutzten den Haß gegen den Emporkömmling, um Anhänger zu werben und ihn durch eine Palastrevolution zu stürzen. Der Hebel zum Sturze des Ministers sollte das Liebesverhältnis desselben zur Königin (Karoline Mathilde von England) werden. Am 17. Jänner 1772 kam die Palastintrigue zum Ausbruch, Struensee wurde verhaftet, die Königin nach der Festung Kronborg gebracht und gegen beide eine Untersuchung wegen Ehebruchs eingeleitet, welche mit der Hinrichtung Struensee's und der Verbannung der Königin nach Celle endete, wo sie (1775) kaum 23jährig, starb, noch in ihrem letzten Briebe an ihren Bruder ihre Unschuld betheuernd.

Historisch ist die Schlusscene in Laube's Stück, in welcher der Königin das Geständniß ihres ehebrechischen Umganges unter der Vorstellung abgedrungen wird, daß Struensee's Leben hiervon gerettet werde. Dieses Ganze ist sicher eine so vollkommene Tragödie, als das Menschenleben sie je dem Genie des Dichters dargeboten. Ist es nicht wahrhaft tragisch, daß der Einzelne, dessen Ideenflug dem Jahrhundert vorangeilt, fällt, weil ihn das Volk, dessen Besitz er uneigennützig will, nicht versteht, weil eine hochmuthige Aristokratie gegen ihn intrigirt und ein brutaler Soldat sich zum willsfähigen Werkzeug beider hergibt? Das reine Volk geht unter im Kampfe mit dem alten Kastenwesen, welches um seine „Interessen“ und seine „Stellung“ kämpft, der Freund des Volkes fällt durch das Volk selbst. Wie hat aber Laube diesen Stoff behandelt? Meister in der Bühnentechnik, hat er den großen tragischen Stoff mit Kunst in den Rahmen einer „Hofgeschichte“ gezwängt, er gibt uns statt eines großen Historiengemäldes eine Reihe sorgfältig gearbeiteter Genrebilder aus dem Leben eines bürgerlichen Emporkömmlings.

Immer bleibt er geistvoll, graziös, bisweilen erwärmt er durch die poetische Sprache und den Ton der Leidenschaft oder vielmehr des Temperaments, aber zur Höhe der Tragödie vermag er sich nicht emporzuschwingen. Es ist ein historisches Lustspiel mit tragischem Ausgang. Schon daraus folgt, daß die Titelrolle die einzige ist, welche dem Darsteller ein dankbares Object bietet, und wir sind Hrn. Kraft die Anerkennung schuldig, daß er die politischen Momente treffend hervorhob, daß er insbesondere die Verzweiflung des Idealisten, der sein Werk scheitern sieht, mit einer Lebenswahrheit und einem Schwung der Diction ausprägte, die ihm den lebhaften Beifall des sonst sehr kalten Publicums erwarben. Die Königin (Frl. Arthur) spielt eine zu passive, schwankende Rolle, sie ist bald zu sehr Königin, bald zu sehr Liebhaberin, und nur die edle That am Schlusß vermag ihr unsere Theilnahme zu erwecken. Frl. Arthur zeigte auch in dieser Rolle ihr Verständniß und jene wohlthuende Zinnigkeit, von welcher ihr Spiel stets getragen wird. Frl. Schäffer als Gräfin Mathilde v. Gallen fehlte das leidenschaftliche Wesen einer Eboli zu sehr, als daß sie unsere Theilnahme hätte erwecken können. Den schwachenträumerischen, bald ganz apathischen, bald wieder plötzlich den Herrscher hervorkehrenden König gab Herr Krössel mit dem gewohnten Verständniß, nur gab er bisweilen zu sehr den Einflüsterungen — des Souffleurs Gehör. Dies wirkte auch bisweilen störend bei Herrn Koritz (Oberst v. Kölle), der seine Rolle sonst gut ausfüllte. Herr Axt als Staatsrat Guldberg zeigte sich als recht verwendbarer routinirter Schauspieler, dessen Fleiß und Genauigkeit stets anzuerkennen sind. Herr Buresch als Prediger genügte. Wir wünschten sehr, unser braves Schauspiel-Personale bald wieder, etwa in einem dem allgemeinen Verständniß näher liegenden Stücke beschäftigt zu sehen, können aber auch nicht umhin, unserem Befremden über die Theilnahmefähigkeit des Publicums gegenüber einem so lobenswerthen Streben Ausdruck zu geben. Der Künstler bedarf der Anerkennung, der Zeichen von Theilnahme und Sympathie; vor leeren Häusern erkalte der glühendste Eifer, während ein denkender Künstler und ein verständnisvolles Publicum sich gegenseitig erwärmen und entzünden!

enthielten sich der Abstimmung. Das Ministerium glaubte hierauf sich zurückziehen zu sollen, um hierüber zu delibieren. Tags darauf theilte der Cabinetspräsident den Vorfall der Kammer mit, welche unverweilt eine Motion formulirte, durch welche sie die Haltung des Justizministers billigen und dem gegenwärtigen Cabinet ihrer Unterstützung durch ein Vertrauensvotum geben würde. Dieser Antrag wurde mit 84 gegen 32 Stimmen angenommen; die Minister nahmen an der Abstimmung nicht Theil. In Folge dieses Votums und in Abtracht der Dringlichkeit der zahlreichen Gesetzentwürfe, womit die Kammer beschäftigt ist, hat das Ministerium nicht geglaubt, den Senat auflösen zu sollen.

Athen, 22. Februar. (Levantepost.) Das kretische Centralcomité richtete an die hiesigen Gesandten der Schutzmächte die Bitte, zu erwirken, daß Sammlungen für die Flüchtlinge in den europäischen Großstädten veranstaltet werden. Der russische und französische Gesandte versprachen die Uebersendung der Bitte an ihre Regierungen; der englische Gesandte erklärte, seine Regierung könne nicht interveniren. Auf der Rhäts-Eisenbahn werden in den nächsten Tagen die Schienen gelegt. Die Nachricht, daß für die griechische Armee 10.000 Chassepot-Gewehre bestellt wurden, wird bestätigt.

Dagesneuigkeiten.

(Kaiservreise.) Ihre Majestäten des Kaisers und die Kaiserin haben dem unter allerhöchstem Protektorat stehenden landwirtschaftlichen Bezirksvereine für die von demselben Anfangs September d. J. in Hietzing zu veranstaltende land- und sozialwirtschaftliche Ausstellung einen Beitrag von hundert Ducaten in Gold zur angemessenen Vertheilung in mehreren Kaiservreisen nach der Disposition des Vereins allernächst zu bewilligen geruht.

(Allerhöchste Spende.) Se. Majestät der Kaiser haben zum Ausbau des katholischen Mädchenpensionates in Sloupnic (Böhmen) 1000 fl. allernächst zu bewilligen geruht.

(Ehrenbürgerrrecht.) Der Gemeinderath der Stadt Troppau hat dem Reichsanter Baron v. Beust einstimmig das Ehrenbürgerrrecht der Stadt verliehen.

(Militär-Revue.) Freitag Nachmittags rückten sämmtliche Truppen der Pest-Dener Garnison zu einer Revue auf der Generalwiese in drei Treffen unter dem Commando des Feldmarschall-Lieutenants v. Baitz aus. Kronprinz Rudolph, in Begleitung des Obersten v. Latour, erschien um 2 Uhr in einem offenen zweispännigen Hofwagen auf dem Paradeplatz und wurde mit militärischen Ehren empfangen. Schlag 2 Uhr kam Se. Majestät der Kaiser in Feldmarschall-Campagne-Uniform mit zahlreicher Suite an; die Truppen präsentierten, und Se. Majestät ritt die Fronten der drei Treffen ab, während der Kronprinz zu Wagen folgte. Nach stattgehabter Revue nahmen die Truppen Aufstellung zur Defilirung vor St. Majestät, welche bei der Infanterie in geöffneten Halbdivisions-Colonnen, bei der Artillerie in halben Batterien erfolgte. Die Türe des Dofle's bildete die königlich ungarische Kronwache. Se. Majestät und Kronprinz Rudolph wurden sowohl bei der Ankunft auf dem Paradeplatz, als bei der Rüdele nach der Burg von dem in ungeheuren Massen herbeigeströmten Publicum mit Zurufen begrüßt. Der Kronprinz trug einen runden ungarischen Hut mit Feder. Ein überaus herrliches Frühjahrswetter begünstigte die militärische Parade.

Locales.

Laibach, 28. Februar.

Seine k. k. apostolische Majestät haben mit allerhöchster Entschließung vom 17. Februar l. J. allernächst zu gestalten geruht, daß alle im Kriegsdienste weiland Seiner Majestät des Kaisers Maximilian gestandenen Angehörigen des österreichischen Freiwilligen-Corps, welche an dem mexicanischen Feldzuge Theil genommen haben, die zur Erinnerung an jene Expedition von St. Majestät dem Kaiser der Franzosen gestiftete Gedenkmedaille annehmen und tragen dürfen.

Die Beteiligten, welche sich als Private oder im Civile Angestellte im Kronlande aufhalten, werden dem-

nach aufgesfordert ihre diesfälligen Ansprüche bis längstens Ende Mai d. J. bei dem ihrem Domicile zunächst gelegenen Ergänzungs-Bezirks-Commando durch Vorweisung ihrer mexicanischen Entlassungs-Documete oder sonst auf eine gegründete Art nachzuweisen.

— Nach dem Ergebnisse der am 8. d. M. abgeschlossenen technisch-militärischen Revision der von der Südbahn-Gesellschaft für die Linie St. Peter-Fiume beauftragten Trace unterliegt deren Beibehaltung in der Strecke von St. Peter bis Iurdani keinem Aufstande. In Folge dessen werden, wie das „Centralblatt“ meldet, die Landesbehörden in Laibach und Triest vom Handels-Ministerium mit der sofortigen Einleitung der politischen Begehung dieser Strecke beauftragt und die Südbahn-Gesellschaft aufgesfordert, die zur unvermeidlichen Inangriffnahme der Bauarbeiten erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, indem die beiden Landesbehörden ermächtigt werden, der Gesellschaft den Bauconsens Namens des Ministeriums zu ertheilen.

— (Laibacher Lagerbier) macht bereits, wie wir mit Bestiedigung constatiren, die Runde durch die Welt, wenigstens durch die slavische Welt. Es wird in der „Agramer Zeitung“ angekündigt. Nun wird zwar nicht angegeben, ob Kosler'sches — wie möchten aber wohl für diese Vermuthung stimmen. Das Kosler'sche Lagerbier wird wenigstens als ein echt s. gut trinkbares Bier gesühmt, welches noch eine große Zukunft habe.

— (Für Theaterfreunde.) Heute Nachmittag 1/2 Uhr findet im Balconsole des Casino's die Versammlung beßs. Berathung der aus Anloß der Concoursbeschreibung für die nächste Saison zu treffenden Maßnahmen statt.

— (Alagnsucter Pionniere.) Herr Fiedler, Besitzer einer großen Maschinenfabrik, Eisen- und Metallgißerei in Alagnfurt, hat im Namen seiner zahlreichen Arbeiter an den volkswirtschaftlichen Verein in Wien ein Schreiben gerichtet, in welchem es unter anderem heißt: „Der zündende Jubel Ihres Flugblattes (enthaltend den Beitrag des Dr. Ehrenfeld über seinen Besuch bei den Pionnieren von Nodale) hat meine Arbeiter veranlaßt, in einer heute (24ten Februar) abgehaltenen Versammlung den Beschluß zu fassen, einen Verein nach Art jenes der Nodaler Pionniere zu gründen.

Öffentlicher Dank.

Auf die Bitte der Direction des Elisabeth-Kinderhospitals an die kroatische Sparcasse um einen Unterstützungsbeitrag für den Ausbau des Spitalgebäudes, wurden in der Sitzung der Vereinsmitglieder benannter Sparcasse am 18. Februar d. J. zu diesem Zwecke 100 fl. ö. W. gespendet, wofür hiermit der geziemende Dank abgestattet wird.

Die Direction des Elisabeth-Kinderhospitals.

Dr. Kovatsch.

Einladung

zur Monatsversammlung des historischen und des Musealvereins,

welche am nächsten Mittwoch, den 4. März, um fünf Uhr Nachmittags im Locale des historischen Vereins stattfindet.

Tageordnung:

1. Prof. Valentin Konischegg: Beiträge zur Phänologie des tiefen Unterkrains.

2. Gustav Duschmann: a) kleinere Mittheilungen naturwissenschaftlichen Inhalts, b) die Kreuzer Alpen nächst Stein.

Laibach, am 2. März 1868.

Bon den Ausschüssen der beiden Vereine.

Neueste Post.

Pest, 1. März. Se. Majestät der Kaiser wird morgen Audienzen ertheilen und dürfte noch morgen Abends nach Wien zurückkehren. — Böszörmenyi erklärt heute in seinem Blatte, daß er nicht eine Wiederaufnahme seines Prozesses, sondern eine ganz neue Verhandlung nachsucht; er hofft, daß die Geschworenen dann nach den Aufklärungen der Vertheidigung an ihrem ersten Urtheil nicht festhalten werden.

Börsenbericht. Wien, 29. Februar. Pariser Telegramme bewirkten ein allgemeines Ausgebot auf dem Effectenmarkte, während Devisen und Valuten thunter schlossen. Geld flüssig. Geschäft nicht merhbar.

Öffentliche Schuld.

A. des Staates (für 100 fl.)

Geld Waare

In ö. W. zu 5% für 100 fl. 54.— 54.25

In österr. Währung steuerfrei 81.5 58.35

Steueranl. in ö. W. v. 3.

9. 1864 zu 5% rückzahlbar 90.25 90.75

7% Steueranl. in ö. W. 87.50 88.—

Silber-Anl. von 1864 72.— 73.—

Silber-Anl. 1865 (Fres.) rückzahlb.

in 37 J. zu 5% für 100 fl. 79.— 80.—

Nat.-Anl. mit Jän.-Coup. zu 5% 66.60 65.80

Metalliques Apr.-Coup. 5 65.60 65.80

Metalliques Apr.-Coup. 5 58.20 58.45

dette mit Mai-Coup. 5 58.60 58.80

dette 41.— 51.50

Met. Verlos. v. 3. 1839 165.— 156.—

1854 74.50 75.—

1860 zu 500 fl. 82.2 82.35

1860 100 89.—

1864 100 81.90 82.—

Como-Bleenteufel. zu 42 fl. aust. 19.50 20.—

Domainen spere in Silber 104.— 105.—

Geld Waare

Niederösterreich zu 5% 87.25 87.75

Oberösterreich 5 " 87.— 87.50

Salzburg 5 " 87.50 88.50

Böhmen 5 " 91.50 92.—

Mähren 5 " 88.50 89.—

Schlesien 5 " 87.50 88.50

Steiermark 5 " 88.50 89.50

Ungarn 5 " 70.— 71.—

Transsilvania 5 " 70.— 70.50

Croatien und Slavonien 5 " 70.— 71.—

Galizien 5 " 65.— 65.75

Siebenbürgen 5 " 65.75 66.—

Bukowina 5 " 65.— 65.50

Ung. m. d. B.-C. 1867 5 " 68.— 68.25

Ung. m. d. B.-C. 1867 5 " 87.25 87.50

Actien (pr. Stück) 5 " 708.— 709.—

Nationalbank (ohne Dividende) 87.25 87.75

A. Ferd.-Nord. zu 1000 fl. 1760.— 1765.—

Kredit-Anstalt zu 200 fl. 8. W. 187.50 187.75

N. ö. Escom.-Gef. zu 500 fl. 8. W. 600.— 602.—

S.-G.-G. zu 200 fl. 255.50 255.75

Kais. Eis. Bahn zu 200 fl. 141.25 141.75

Südb.-nordd. Bahn 136.50 136.75

Geld Waare

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Ents.-Oblig. zu 5% 87.25 87.75

G. der Kronländer (